Grundlage von § 1 Abs. 1 des Eingabengesetzes beschwerdeführend entweder an das Oberste Gericht der DDR oder den Generalstaatsanwalt der DDR oder den Staatsrat der DDR oder den Verfassungs- und Rechtsausschuß der Volkskammer der DDR zu wenden. Ergeht von einer dieser Stellen ein ablehnender Bescheid, ist dem Strafgefangenen ein weiterer Schriftwechsel in dieser Sache nicht mehr zu gestatten.

7.1.4. Anregung zur Kassation rechtskräftiger gerichtlicher Entscheidungen

Die Kassation einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung ist gemäß § 313 Abs. 1 StPO im Regelfall innerhalb einer Frist von 1 Jahr seit Eintritt der Rechtskraft zulässig. Strafgefangene bzw. deren Beauftragte können eine Kassation nicht beantragen, sondern nur anregen. Antragsberechtigt sind

- der Generalstaatsanwalt der DDR oder der Präsident des Obersten Gerichts der DDR für alle gerichtlichen Entscheidungen der Kreis- und Bezirksgerichte sowie der Senate des Obersten Gerichts und
- die Staatsanwälte der Bezirke sowie die Direktoren der Bezirksgerichte für die in ihrem Zuständigkeitsbereich von den Kreisgerichten getroffenen gerichtlichen Entscheidungen.

Ein Strafgefangener, der die Kassation eines von einem Kreisgericht gesprochenen Urteils anstrebt, ist auf die Zuständigkeit des jeweiligen Bezirksgerichts zu verweisen. Besteht er jedoch darauf, daß seine Anregung an den Generalstaatsanwalt der DDR statt an den Staatsanwalt des infrage kommenden Bezirks bzw. an den Präsidenten des Obersten Gerichts der DDR statt an den Direktor des zuständigen Bezirksgerichts gesandt wird, ist dem zu entsprechen. Eine Kassationsanregung ist auf dem kürzesten Wege an den vom Strafgefangenen bestimmten Empfänger zu übersenden. Sie ist **nicht** über den Staatsanwalt für Strafvollzugsaufsicht oder den für das Strafverfahren zuständig gewesenem Staatsanwalt zu leiten.

Die Anregung einer Kassation wirkt sich **nicht hemmend** auf den weiteren Vollzug der Strafe mit Freiheitsentzug aus, sofern nicht infolge der Aussicht auf Erfolg der Kassation vom Obersten Gericht der DDR bzw. vom zuständigen Bezirksgericht die Aussetzung der Verwirklichung von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit gemäß § 326 Abs. 2 StPO beschlossen und die Entlassung aus dem SV angeordnet wird. Die Entlassung hat zu dem im Beschluß und in der Entlassungsverfügung angegebenen Zeitpunkt zu erfolgen.

Bei Ablehnung einer Kassationsanregung durch den Staatsanwalt